



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 24. April bis 1. Mai)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 24. April bis 1. Mai)

Innere Politik

Wiederaufnahme der Parlamentsarbeit — Staatsbürgerliche Bildung — Gefahren der Regierungspolitik für die Jugend — Vertrauen und Achtung — Die elsäß-lothringische Verfassungsfrage — Zentrum und Reichskanzler — Erpresserpolitik — Kardinal Graf Ledochowski — Administrative Aufteilung Posen

Die Osterpause ist beendet. Minister, Staatssekretäre, Parlamentarier, Journalisten strömen wieder aus allen Gauen nach Deutschlands politischem Mittelpunkt. Am 2. Mai nehmen die Parlamente wieder das Wort, und die Presse geht ihrer kurzen Selbständigkeit für lange Zeit verlustig. Wieder treten die Äußerungen der Nicht-Zünftigen hinter denen der Zünftigen zurück, wieder schiebt sich die innere Politik in den Vordergrund, während die auswärtige sich auf die Nachrichtenvermittlung beschränken muß. Damit werden denn wohl auch die Angriffe gegen Herrn v. Kiderlen verstummen, die hier und da mangels anderen Stoffes in der Presse erschienen. So ist's immer gewesen und wird es immer bleiben, solange Parlamente, Ferien und Tageszeitungen bestehen. Leider! Denn im alltäglichen Kampf, in dem jeder Schritt voran heiß erstritten werden muß, verwischen sich leicht die großen Richtlinien, die den politischen Streit leiten sollten. Mancher Hieb und Stich muß in der entgegengesetzten Richtung der Lage des allgemeinen Zieles geführt werden; mancher Bundesgenosse im Großen muß sich Prüffe und Stöße aus Kleinlichen Gründen gefallen lassen. Der Freund will zunächst einmal selbst zur Geltung kommen. Man denke an enge Quartiere in Feindesland mit ihrem Durcheinander und man wird verstehen, warum auch politische Freunde einander in den Haaren liegen können. Der Kampf um die politischen Kochlöcher und Tränkstellen braucht nicht allzu tragisch genommen zu werden, solange eine gemeinsame Aufgabe, ein großes Ziel vorhanden sind. Anders ist es, wenn diese Ziele fehlen oder doch zu fehlen scheinen.

Bei unseren monarchischen, durch die Parlamente nur wenig beeinflussten Regierungsgebräuchen sind wir gewohnt, die Losung vom Leiter der Reichsregierung zu erhalten. Darum spielt auch die Persönlichkeit dieses Leiters in Deutschland-Preußen eine weit größere Rolle als in rein parlamentarisch regierten Ländern.

Der derzeitige Leiter der deutschen Politik hat den guten Willen gezeigt, die Parlamente vor solche Aufgaben zu stellen, daß die Parteien zusammenwirken könnten. Mit der Fürsorge für die schulentlassene Jugend hat er auch in Preußen einen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Wie erinnerlich, ist dem preussischen Kultusminister eine Million Mark zur Verfügung gestellt, um den dringendsten Ansprüchen in dieser Beziehung gerecht werden zu können. Unter anderem soll auch die Kenntnis des Staates und seiner Aufgaben, sowie der Pflichten und Rechte der Staatsbürger in der heranwachsenden Jugend verbreitet werden. Doch was bedeutet selbst eine so große Summe Geldes, was die aufopferndste Tätigkeit national gesinnter Männer, wenn die Regierungspolitik unstätig von einem Extrem ins andere fällt, wenn der Regierungsleiter sich von erst kürzlich mit großem Aufwand von Autorität verbreiteten Auffassungen abwendet und die eben bekämpften Anschauungen als höchste Regierungsweisheit und staatsbürgerliche Pflicht hinstellt.

Das Gefährlichste in dieser Beziehung liegt in dem schnellen Verlassen der Grundlagen, die die Fürsten Bismarck und Bülow für die nationale Politik im Innern aufgerichtet und ausgebaut hatten. Erinnerung sei an die verschiedenartige Bewertung des Ultramontanismus durch den Fürsten Bülow und durch Herrn v. Bethmann Hollweg. Es sei hingewiesen auf die vollständig veränderte Haltung der maßgebenden Kreise in der Polenfrage. Es ist kaum übertrieben, wenn angenommen wird, keine sozialistische Agitation habe so viel Verwirrung in die Massen der Gebildeten getragen, wie die neuerliche Wendung in der Bewertung unserer nationalen und staatlichen Gegner. Das darf nicht außer acht gelassen werden, wenn man sich über die geringen Fortschritte wundert, die alle Versuche, staatsbürgerliche Bildung zu verbreiten, machen. Auch hier gilt das Wort: „Die Volkshaft hör' ich wohl, allein es fehlt der Glaube.“ Wie kann man Vertrauen und Achtung vor dem Staate in die Herzen der Jugend pflanzen, wenn die Staatsregierung in ganz kurzen Zwischenräumen grundlegende Auffassungen unvermittelt und ohne einleuchtenden Grund oder sichtbaren äußeren Zwang ändert. Die jungen Männer, die unter der Ära Bülow als Schüler von ihren Vätern und Lehrern lernten, die Polenfrage als eine nationale Gefahr zu betrachten, werden nun als Studenten oder Gewerbetreibende darüber aufgeklärt, daß das, was ihnen bis vor zwei Jahren gelehrt wurde, falsch, irreführend, übertrieben usw. gewesen. Man versetze sich in die Lage der vielen tausend jungen Männer, die so „vorbereitet“ bei den bevorstehenden Reichstagswahlen zum erstenmal ihre Stimme abgeben sollen. Die zarteren Naturen und solche, die die Pflichten gegen sich selbst und ihr Fortkommen schon von ihrer praktischen Seite aus verstanden haben, werden angeekelt der Politik überhaupt den Rücken kehren. Die einen werden Politik für Nokuspokus, die anderen für ein Mittel zur Durchsetzung egoistischer Ziele erklären; die Staatsmänner werden ihren Augen nur als Werkzeuge in der Hand der gerade Mächtigen erscheinen, nicht als berufene Führer, und kein noch so gutes Handbuch über Pflichten des Staatsbürgers wird solche Ansicht ändern. Wohl aber werden alle Schreier, die nur zu sagen brauchen, daß sie ein Heilmittel haben, Zulauf finden. — Herr v. Bethmann hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen, als er Nachfolger des Fürsten Bülow wurde. Die Geschichte wird es ihm dereinst nachweisen, wieviel er durch seine Politik an staatsbürgerlichem Sinn in der Nation zerstörte zu einer Zeit, wo er die Fürsorge für die schulentlassene Jugend als eine der wichtigsten Aufgaben anerkannte.

Die elsass-lothringische Verfassungsfrage ist bekanntlich vor Ostern in die Sackgasse geraten infolge der ablehnenden Haltung des Zentrums gegen die von der Regierung vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung. Nachdem die Regierung ursprünglich die nationalen Wünsche bei dieser Einteilung weitgehend berücksichtigt hatte, hat es nun den Anschein, als wolle sie ihren ursprünglichen Standpunkt kurzerhand aufgeben und ohne weiteres die Forderungen des Zentrums zu den ihren machen. Solange die Regierung den nationalen Standpunkt verteidigte, hatte sie auch die Unterstützung von solchen Politikern, die aus vielen unseren Lesern bekannten Gründen der Neuregelung der Verhältnisse in den Reichslanden zu gegenwärtiger Zeit mit Unbehagen gegenüberstanden. Das Unbehagen muß sich naturgemäß in Gegnerschaft verwandeln, wenn die nationalen Forderungen unberücksichtigt bleiben sollen, d. h. wenn die Verfassungsreform keinen anderen

praktischen Zweck erreichen soll, als die Macht des elsäß-lothringischen Zentrums noch mehr zu vergrößern. Im Leitartikel des Heftes 16 der Grenzboten ist an der Hand der Tatsachen gezeigt worden, wie das Zentrum in den Reichslanden aussieht. Aus den Darlegungen geht klar hervor, daß selbst Freunde eines Zusammengehens mit dem preußischen Zentrum jedes Zusammenwirken mit dem reichsländischen von der Hand weisen müssen, weil ihm auch nicht ein Fünkchen dessen innewohnt, was unsere konservativen Parteien glauben beim preußischen Zentrum entdeckt zu haben. „Der Name Zentrum“, so endigt der erwähnte Aufsatz, „hat heute im elsäß-lothringischen Klerikalismus gesiegt, nicht aber das Programm des Zentrums. . .“ Bei dieser Lage der Dinge darf sich der Herr Reichskanzler auf einen harten Kampf im Reichstage gefaßt machen; bleibt er bei den Forderungen des Zentrums stehen, dann dürfte auch bei den liberalen Parteien der letzte Rest des Interesses an der reichsländischen Verfassungsreform zu dieser Zeit verloren gehen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so würde auch das preußische Zentrum gegen die Zurücknahme der elsäß-lothringischen Gesetzesentwürfe keine größeren Bedenken erheben.

Am Mittwoch meldete die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die königliche Staatsregierung habe gegen die Überführung der irdischen Überreste des ehemaligen Erzbischofs von Posen und Gnesen Ledochowski von Rom nach Posen und deren Beisetzung im dortigen Dom nichts einzuwenden. Die Vorbereitungen zu dieser Erlaubnis sind sehr vorsichtig betrieben worden, so daß die Ostmarkenpolitiker erst in letzter Stunde und nachdem es für die preußische Regierung ein Zurück nicht mehr gab, von dem Entschluß Kunde erhielten. Wie nicht anders zu erwarten, hat die Nachricht Kopfschütteln und Entrüstung bei allen denen hervorgerufen, die auch nur einen leisen Schimmer davon haben, welche Bedeutung der Vorgang für das polnische Problem hat. Was sich gegen die Genehmigung sagen läßt, erscheint mir am trefflichsten zusammengestellt in dem Leitartikel der Hamburger Nachrichten vom 28. April (Nr. 197). Er schließt mit den Worten: „Mag sein, daß es zu schwarz gesehen ist, von einem neuen Bußgang des Staates zu sprechen, wenn er den einstigen Bannerträger des Widerstandes gegen ihn als Erzbischof trotz alledem im Dom zu Posen beizusetzen gestattet, aber in einer Ära solcher Enzykliken und Maßnahmen, wie sie von Pius dem Zehnten unter Mißachtung staatlicher Rechte und wichtigster nationaler Interessen ausgegangen sind, hätte man alles andere eher erwarten können als eine Ehrung gerade des Kardinals Grafen Ledochowski.“

Nun aber gibt es doch noch einen Gesichtspunkt, der den gewiß schwerwiegenden Entschluß der Regierung verständlich erscheinen läßt, ja unter bestimmten Voraussetzungen sogar als zweckmäßig erscheinen lassen könnte. Es wird uns gegeben werden, daß die Ablehnung des Gesuches, die Leiche des „Primas von Polen“ in Posen beizusetzen, gerade das bewirken würde, was wir zu verhindern streben. Es würde um den Namen des polnischen Grafen noch einmal die Glorie des Märtyrertums gewunden werden. Die polnische Presse würde Veranlassung nehmen, die preußische Regierung der Unduldsamkeit in Glaubenssachen anzuklagen, und die polnischen Vereine würden in Scharen nach Gnesen pilgern, um dort demonstrativ für den Primas und für Polen zu beten. Unseren deutschen Katholiken am Rhein und in Bayern würde die Ablehnung der Regierung unverständlich sein,

und die Zentrumsagitatoren hätten den Schein der Berechtigung, mit den Polen in dasselbe Horn zu stoßen. Das darf nicht unbeachtet bleiben, wenn man den Entschluß der Regierung sachlich würdigen will. Eine solche Überlegung führt uns aber auch auf den richtigen Weg zur Erkenntnis, wie und warum die Frage gerade in diesem Augenblick auftauchen konnte. Es handelt sich um eine raffinierte Erpresserpolitik der Ultramontanen gegen den Kanzler. Es gilt, den Kanzler ganz fest in die Gewalt des Zentrums zu bringen, indem das gegen seine Politik bestehende Mißtrauen bei den Nationalen verstärkt wird. Nun bleibt dem Kanzler nichts anderes zu tun, als sich dauernd an das Zentrum anzulehnen. Nur eins könnte den Kanzler retten, und das ist es, warum ich glaube, die Genehmigung der Regierung billigen zu können: Nachdem die Regierung sich so außerordentlich duldsam in einer das religiöse Empfinden berührenden Frage erwiesen hat, kann sie doppelt energisch in nationalen und wirtschaftlichen Fragen durchgreifen. Will die Regierung verstanden sein und legt sie Wert auf das Vertrauen der nationalen Kreise, dann ist sie heute um ihrer selbst willen gezwungen, die Ostmarkenpolitik wieder aufzunehmen, wie sie Bismarck und Bülow zum Heile des gesamten Deutschland betrieb. Herr v. Bethmann hat heute gegenüber dem Zentrum den großen Trumpf in der Hand, daß er durch die Tat bewies, wie gern er bereit ist, das religiöse Empfinden zu achten. Möge er ihn ausspielen.

Am 26. v. M. hat die Ansiedlungskommission ihren fünfundzwanzigsten Geburtstag gefeiert. Was sie geleistet hat in diesem Vierteljahrhundert, ist in Heft 17 der Grenzboten dargestellt. Nun gilt es weiter arbeiten. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die angewendeten Mittel allein zum Ziele nicht führen können. Zwei Mittel sind noch nicht erprobt: die folgerichtige Enteignung des polnischen Großgrundbesitzes und die administrative Aufteilung des ehemaligen Herzogtums Posen. Für die Anwendung des ersten Mittels tritt der Ostmarkenverein mit dankenswerter Energie ein; die Aufteilung Posens ist der Gegenstand einer lehrreichen Betrachtung im Türmer (Heft 8 S. 201). Die Vorschläge des Türmers gipfeln in folgendem:

Die Provinz Westpreußen umfaßt bisher die beiden Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder, 25 520 qkm und 1 650 000 Einwohner, davon sind $1\frac{1}{3}$ Millionen Deutsche und 370 000 Polen. Mit dem Regierungsbezirk Bromberg würden noch 11 500 qkm mit 710 000 Einwohnern hinzukommen, davon 355 000 Deutsche und 365 000 Polen — das Deutschum hätte also in der neuen Provinz Westpreußen mit 1 688 000 Seelen immer noch eine starke Mehrheit gegen 735 000 Polen. In der Provinz Oberschlesien, also den Regierungsbezirken Oppeln und Breslau, würde ebenfalls das Deutschum mit $2\frac{1}{2}$ Millionen gegenüber $1\frac{1}{4}$ Millionen Polen sein Übergewicht behalten. Die neue Provinz Niederschlesien würde im Regierungsbezirk Liegnitz mit 1 100 000 und einigen tausend Polen ihre sturmfreie Stellung behaupten. Der neu hinzukommende, überwiegend polnische Bezirk Lissa mit 125 000 Deutschen und 350 000 Polen würde viel stärker von deutschen Einflüssen durchzogen werden, als dies bei seiner jetzigen Zugehörigkeit zu Provinz und Regierungsbezirk Posen möglich ist. Endlich der Regierungsbezirk Posen selbst nach der Ablösung etwa der Kreise Adelsau, Schildberg, Kempen, Ostrowo, Protoschin, Pleschen, Roschmin, Gostyn, Rawitsch, Lissa, Frauastadt und Jarotschin um 6200 qkm und 480 000 Einwohner, wovon 360 000 Polen und 120 000 Deutsche, verkleinert auf 11 300 qkm und 800 000 Einwohner, würde durch Verknüpfung mit dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. als Neumark dem Deutschum völlig eingegliedert. Dieser Bezirk hat auf 19 200 qkm 1 200 000 Einwohner, fast nur Deutsche, neben denen das ver-

kleinste Posen mit 280 000 Deutschen und 500 000 Polen politisch harmlos erscheinen müßte. Die Zahlen mögen im einzelnen zu verschieden sein — ein neuer Regierungsbezirk Lissa ließe sich ja auf verschiedene Weise abgrenzen —, im ganzen und großen beruhen sie auf den Grundlagen der Zählung von 1905 (Preuß. Statistik Bd. 206 Teil I).

Ich halte den Vorschlag, der übrigens schon früher aufgetaucht ist, für sehr beachtenswert. Wie bekannt, streben die Polen auf allen Gebieten nach Zusammenschluß und Absonderung von den deutschen. Das würde ihnen erschwert, sobald sie gezwungen wären, nicht mit einem Verwaltungszentrum, sondern mit mindestens vier zu rechnen. Besonders wohlthuend müßte eine Auflösung Posens auf die Bedeutung der polnischen Großgrundbesitzer wirken, die alsdann verschiedenen ständischen und wirtschaftlichen Korporationen beitreten müßten und gezwungen würden, in ihnen mit deutschen Mehrheiten zu rechnen. Die Frage erscheint gerade in der Gegenwart erörterungsfähig, weil ja überhaupt die Reform der preussischen Verwaltung auf der Tagesordnung steht und weil auch im Westen des Staates Preußen an die Bildung einer neuen rein industriellen Provinz gedacht wird. Hier würde das *divide et impera* einmal zu glänzenden Ergebnissen führen. G. Cl.

Bank und Geld

Die Wiener Börse — Spekulation in Stoda-Aktien — Rentabilität der Industriewerte — Situation des Geldmarktes — Hoffnungen der Industrie — Elektrifizierung der Bahnen — Eisenbahnvorlage und Staatsanleihen — Das Projekt der Gummi-valorisation

Die Wiener Börse macht wieder einmal von sich reden und zieht die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich. Allzu oft geschieht dies nicht mehr. Die Tage sind längst vorüber, in denen der Wiener Platz tonangebend für die Tendenz der gesamten Welt war. Die Gegenwart erinnert sich dessen kaum noch, daß es eine Zeit gab, wo die Haltung der großen Börsen durch die Meinung eines Direktors der Kreditanstalt oder eines Rothschild genau ebenso beeinflusst wurde wie jetzt durch das Gebaren eines Gary oder Morgan in New York. Damals war die Kredit-Aktie das beliebteste Spielpapier der Welt, über dessen Kursstand jedermann, vom Minister bis zum Laufburschen, orientiert war. Der Semestral- oder der Jahresabschluß der Kreditanstalt war ein wirtschaftliches Ereignis, dem man mit Spannung und Sensation entgegensah; er galt geradezu als ein Barometer des Wirtschaftslebens. Neben der Kredit-Aktie standen als Spekulationspapiere von kaum geringerer Bedeutung die verschiedenen österreichischen Eisenbahnaktien, insbesondere die der Staatsbahn und der Südbahn, an der Börse als „Franzosen“ und „Lombarden“ bezeichnet, alles internationale Papiere, die ebenso wohl in Paris, in Frankfurt a. M. oder Berlin einen großen und ausgedehnten Markt besaßen wie in Wien. Welch' ein Wandel der Zeiten! Heute ist die Wiener Börse in ihrer Bedeutung so gesunken, daß sie neben den großen Märkten London, Paris, Berlin und New York nicht mehr in Betracht kommt. Sie führt gleichsam ein Sonderdasein, und der Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens wird von ihr nicht mehr beeinflusst. Nur wenn außergewöhnliche Ereignisse eintreten, richten sich wohl die Blicke wieder nach Wien, aber auch dann nur mit der Miene des an sich uninteressierten Zuschauers. So wurde man in vergangener Woche auf die Ausschreitungen der Spekulation an der Wiener Börse aufmerksam, welche in

der Kursbewegung der Skoda-Aktien ihren Ausdruck fanden. Innerhalb weniger Wochen ist dieses Papier um mehr als 100 Prozent im Kurse hinaufgetrieben worden, um dann an einem Tage um 50 Prozent zu stürzen. Die Skodawerte sind bekanntlich eine Gründung der Kreditanstalt; sie haben sich anfänglich nur als ein Sorgenkind erwiesen, da die Bank auf die ertraglosen Aktien nicht weniger als 3 Millionen Kronen abzuschreiben hatte. Nach einer Sanierung sind dann die Aktien 1907 zum Kurse von 135 Prozent zur Subskription gebracht worden; doch befindet sich nur der geringere Teil im Verkehr, da der Vorbesitzer und Generaldirektor Ritter v. Skoda und die Kreditanstalt weit mehr als die Hälfte des Aktienkapitals besitzen. Die mit Beginn dieses Jahres einsetzende Kurssteigerung, die den Preis bis auf 418 Prozent trieb, stützte sich ursprünglich nur auf die Tatsache, daß den Skoda-Werken die artilleristische Ausrüstung der österreichischen Dreadnoughts übertragen worden ist — ein Auftrag im Betrage von etwa 50 Millionen Kronen. Die entstehende Preisbewegung hat sich dann die Spekulation zunutze gemacht, nicht ohne die lächerlichsten Gerüchte zur Begründung der immer weiter fortgesetzten Kurstreiberei in die Welt zu setzen. Den Schaden hat wie gewöhnlich das Publikum, das durch die Börsenkontore zu diesem gefährlichen Spiel verlockt wurde. Nach dem ersten Kurssturz hat sich zwar der Kurs bisher annähernd gehalten; wenn man aber den gegenwärtigen Kursstand, wie dies seitens der Börse geschieht, für einen angemessenen erklärt, obwohl er dem Besitzer nur eine Rente von $4\frac{1}{2}$ Prozent läßt, so liegt gerade in dieser Auffassung das bedenkliche Moment. Die Rentabilität der Industrieaktien ist infolge der hohen Kurse viel zu gering; es ist ein Widersinn, von letzteren nur das Erträgnis guter Staatspapiere zu beanspruchen. Und hier ist der Punkt, wo sich die augenblicklichen Verhältnisse der Wiener Börse mit unseren einheimischen berühren. Auch bei uns wird in dieser Beziehung stark geflündet. Ich habe früher bereits darauf hingewiesen, daß die Kurse der Industrieeffekten an der Berliner Börse das erlaubte und berechnete Maß zum Teil weit überschritten haben. Hierin liegt eine große Gefahr, eine doppelt große, wenn die Lage des Geldmarktes zu Bedenken Anlaß gibt. Dieser Fall liegt vor, trotz der nicht übermäßig hohen Sätze am offenen Markte.

Die Äußerungen des Reichsbankpräsidenten in der letzten Sitzung des Bankenausschusses lassen keinen Zweifel darüber, daß er die allgemeine Situation mit Besorgnis betrachtet. Er hat darauf hingewiesen, daß die Reichsbank durch die Banken an den Quartalsenden in einer außerordentlichen Weise in Anspruch genommen werde, die sich sprunghaft steigere, obwohl die allgemeine wirtschaftliche Lage eine durchaus normale sei und sich nicht als eine Hochkonjunktur bezeichnen lasse. In der Tat ist dieses starke Kreditbedürfnis der Banken eine auffallende Erscheinung, auffallend besonders deshalb, weil der Zuwachs an fremden Geldern bei den Berliner Großbanken ein so beträchtlicher ist (im letzten Jahre allein etwa $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark). Es müssen also die Banken ihre Mittel in noch stärkerem Maße zu vermehrter Kreditgewährung verwenden. Und dies geschieht tatsächlich. Es ist die Industrie, welche die Mittel in Anspruch nimmt und zwar insbesondere die schwere Industrie: Kohle, Eisen, Kali und Elektrotechnik. Man rechnet auf seiten der Industriellen nicht minder wie auf seiten der Banken mit einem im Entstehen begriffenen Aufschwung der Konjunktur. Nicht

nur diese Zuversicht, sondern noch mehr die bevorstehenden Kämpfe um die Betätigungsziffern in den Syndikaten veranlassen die Industrie zur Erweiterung ihrer Unternehmungen und zur Vermehrung der Erzeugung. Der Inlandsbedarf hält freilich mit der letzteren schon jetzt keineswegs gleichen Schritt, wie die schwierigen Absatzverhältnisse einzelner Industriezweige (beispielsweise der Gußröhrenfabrikation) klar erkennen lassen. Einstweilen hilft man sich durch starke Steigerung der Ausfuhr und vertraut im übrigen auf die Entwicklung der Zukunft. Dieses Expansionsbedürfnis der Industrie, welches an die Banken so bedeutende Ansprüche stellt, ist sonach eine Erscheinung, die man nur mit Besorgnis zu betrachten vermag. Übermäßige Ausdehnung ohne Rücksicht auf den vorhandenen Absatz war noch stets der Vorbote des kommenden Umschwungs. Einstweilen geht freilich die Kurve noch mit Entschiedenheit nach oben. Und wenn irgendein Industriezweig mit besonderer Zuversicht auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zukunft rechnen darf, so ist die Elektrotechnik dazu vornehmlich befugt. Syndikatsorgen bedrängen sie nicht; die drei großen Konzerne beherrschen den Markt in beinahe monopolistischer Weise, und das Arbeitsfeld ist fast unbegrenzt. Eine Riesenaufgabe steht insbesondere bevor: die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Eisenbahnen. Technisch ist diese Frage bekanntlich schon seit mehreren Jahren durch die Versuchsfahrten auf der Strecke Marienfelde—Jossen gelöst. Wenn der Staat trotzdem an die Elektrifizierung der Bahnen nur zögernd herangeht, so sind dafür neben militärischen Rücksichten (Sicherstellung der Betriebsfähigkeit auch im Kriegsfall) hauptsächlich die außerordentlichen Kosten entscheidend, die nur eine allmähliche Durchführung einer so unwälzenden Neuerung gestatten. Auf der anderen Seite aber stehen betriebstechnische Bedenken einem Nebeneinanderbestehen beider Betriebsformen entgegen. Gleichwohl beginnt man nach und nach mit der Einrichtung des elektrischen Betriebes auf dazu geeigneten Strecken. Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Eisenbahnvorlage fordert Mittel für die Elektrifizierung der Strecken Bitterfeld—Leipzig und Halle—Magdeburg. Die nächste Aufgabe dürfte die Einrichtung des elektrischen Betriebes auf der Berliner Stadtbahn sein, wenn anders es richtig ist, daß die höchste Stelle sich wegen der Gefährdung der Museumschätze durch den Rauch für die unverweilte Durchführung der Maßnahme ausgesprochen hat. Auch der bayerische Staat geht in gleicher Weise voran. Schon im nächsten Jahre wird er zwei Strecken mit hauptbahnmäßigem Betriebe, Salzburg—Reichenhall und die neue Bahn Garmisch—Zinnbrunn, sowie zwei Nebenbahnen mit elektrischer Kraft versorgt haben.

Die erwähnte Eisenbahnvorlage fordert im ganzen Kredite in Höhe von 263 Millionen Mark für Herstellung weiterer Gleise, Bau neuer Eisenbahnlinien und Beschaffung von rollendem Betriebsmaterial. Diese umfangreichen Staatsaufträge kommen der Industrie natürlich sehr gelegen, weniger dagegen dem Anlagemarkt, der für eine so bedeutende Summe sich augenblicklich schlecht aufnahmefähig erweisen würde. Indessen beabsichtigt auch der Finanzminister nicht, mit dieser Summe an den Anleihemarkt zu appellieren. Das Gesetz soll erst im nächsten Jahre in Kraft treten und der einstweilige Bedarf durch Schatzscheine gedeckt werden. Der Markt soll sich also der versprochenen Schonzeit voll erfreuen.

Das berühmte Experiment der Kaffeevalorisation, das der brasilianische Staat Sao Paulo vor einigen Jahren — von seinem Standpunkt aus mit ungeahntem Erfolg — unternommen hat, soll ein Gegenstück in einer Valorisation des Rohgummis erhalten. Der Gummimarkt befindet sich in einer schwierigen Lage; die Reaktion auf die spekulativen Ausschreitungen des vorigen Jahres hat den Preis von $12\frac{1}{2}$ sh auf 5 sh geworfen. Die Preissteigerung des Vorjahres hat zur Gründung zahlreicher Pflanzergesellschaften namentlich in Ceylon, Java, Mexiko geführt. Hauptproduktionsländer bleiben aber einstweilen, da die Neupflanzungen eine mehrjährige Entwicklung brauchen, um ertragsfähig zu werden, die beiden brasilianischen Staaten Amazonas und Para. Kein Wunder, wenn diese auf den Gedanken kommen, zur Unterstützung der bedrängten Gummiproduzenten denselben Weg einzuschlagen, den Sao Paulo behufs Hebung des Kaffeepreises beschritten hat, nämlich den des Aufkaufs und der Einsperrung der Vorräte. Das Beispiel erscheint verlockend genug. Nicht nur daß sich das europäische Kapital mit einer Anleihe von 15 Millionen Pfl. bereitwillig zur Verfügung stellte — auch der Erfolg war überraschend. Ist doch der Kaffeepreis von 27 Pf. bis auf zirka 52 Pf. gestiegen und der Kaffeemarkt so vollständig unter die Kontrolle des hauptsächlichsten Produktionslandes geraten, daß letzteres nicht einmal daran denkt, die bei der Aufnahme der Valorisationsanleihe vorgesehene allmähliche Abstoßung der Bestände ernsthaft durchzuführen. Der Staat fühlt sich so sicher in der Beherrschung des Marktes, den er außerdem durch eine umfangreiche Terminspekulation „manipuliert“, daß er seine Bestände

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL

HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt I, 1035, 2619.

unter den Höchstkursen nicht abgibt, sondern, wie sich bei der kürzlich an den verschiedenen Hauptkaffeepätzen veranstalteten Auktion gezeigt hat, selbst zurückkauft, um ein Zurückweichen der Preise zu verhindern. Warum sollte also ein dem Standpunkt des Produktionslandes — gleich günstiges Ergebnis nicht auch dem Versuch einer Beherrschung des Gummimarktes beschieden sein? Den Anfang hat man bereits gemacht. Ein Syndikat hat mit Unterstützung des Banco de Brasil große Vorräte aufgespeichert. Aber die Einwirkung auf den Markt ist ausgeblieben. Im Gegenteil, nach einer kurzen Erholung ist der Preis aufs neue heftig zurückgewichen. Natürlich; denn solange die Mittel zur Durchführung einer solchen gewagten Spekulation nicht absolut ausreichend und sichergestellt sind, wie durch Aufnahme einer großen dauernden Anleihe, rechnet der Markt mit dem Zusammenbruch des Corners. Ob aber den beteiligten Staaten die Aufnahme einer Kolonisationsanleihe möglich sein wird? Die Situation liegt erheblich ungünstiger wie im Falle Sao Paulos. Die Konkurrenz neuer Produktionsstätten stellt den Erfolg eines Valorisationsversuches von vornherein in Frage. Es wird daher nicht leicht sein, Geldgeber zu finden, die ein solches Risiko kaufen wollen. Und der Mißbrauch, den Sao Paulo durch eine fast wucherische Verteuerung des Preises getrieben hat, dürfte die Abneigung des europäischen Kapitals, sich auf ein solches Experiment noch einmal einzulassen, nur vermehren. Zum mindesten aber darf man hoffen, daß die deutsche Bankwelt diesem Projekt fernbleiben und unsern Markt, wenn ihm schon die Kaffeewalorisationsanleihe nicht erspart werden konnte, mit der Gummianleihe verschonen wird.

Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 und 1/2 4—1/2 6 Uhr. — Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Annahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

- 433. Pfarrer, 15. 10. (2600 M.), Sachsen.
- 441. Prediger, Besthr., halb (2450 M.).
- 442. Pfarrer, Sachsen, halb.
- 443. Hilfsprediger, (3000 M.), Rheinhld.
- 444. Pfarrer, 1. 10., Oderbruch.
- 445. Pfarrer (Erdg. Kl. 1), Sachsen.
- 446. Zweiter Bürgermeister (4500 M.), halb, Sachsen.
- 447. Bürgermeister (3600 M.), halb, Schlessen.
- 451. Pfarrer, 1. 7., Schlessen.
- 452. Tierarzt (3000 M.), halb, Leipzig.

B. Für Damen.

- 394. Erzieherin, ev., jg., mus., gepr., 1. 6., Sachsen.
- 448. Erzieherin (mus.), 25—40 Jahr, f. 2 Mädchen, 15 u. 16 J., Ruzland.
- 449. Erzieherin, 1. resp. 15. 8., Medtbg.
- 450. Erzieherin, gepr., mus. (im Ausland gew.), 1. 8.

Stellengesuche.

Die ersten 3 Zeilen kosten 2 M., jede weitere Zeile 1 M.

Leutnant a. D. mit tadelloser Vergangenheit sucht Stellung als Erzieher bezw. Leiter einer Erziehungsanstalt. Entsprechende Vorbildung vorhanden. Offerten unter L. G. 639 an die Grenzboten, Berlin SW. 11.

Wir machen unsre Leser auf den der heutigen Nummer beigefügten Prospekt der Firma F. C. W. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen betr. Logos aufmerksam.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.